

P R O T O K O L L
der 343. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 24. Januar 2012
Zeit	19.30 - 21.20 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Treier Hannes (Geschäft 1) Marti Beat (ab Geschäft 2)
Mitglieder	Aebersold Jürg, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Bärtschi Markus, Brügger Yong, Burkhard Fabian, Corti Andrea, Damke Andreas, Eber Béla, Elsinger Florian, Friedli Rolf, Gautschi Stefan, Gossweiler-Ebnetter Jsabelle, Graham Marina, Grubwinkler Christa, Grütter Urs, Häusermann Martin, Humm Martin, Kämpf Marcel, Kästli Marc, Kauth Adrian, Lack Stephan, Mallepell Elisabeth, Manz Matthias, Näf-Piera Virtudes, Raaflaub-Minnig Ruth, Ritschard Daniel, Ruta Francesca, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schwander Fritz, Sigrist Roman, Stettler Jürg, Wegmüller Beat, Wenger-Kupferschmied Ursula
StimmzählerIn	Aebersold Jürg, Schneider Beat (Geschäfte 1 + 2) Grubwinkler Christa, Schneider Beat (ab Geschäft 3)
Vertreter des Gemeinderats	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident, Aeschimann Pia, Gubler-Geelhaar Patricia, Hässig Vinzens Kornelia, Künzi-Egli Barbara, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Entschuldigt abwesend	GGR: Kneubühler Peter, Lüthi Adrian, Wakil Ramina
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

Geschäfte 23

Traktanden

1	Wahl des Präsidenten des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2012	473
2	Wahl des restlichen Büros des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2012 - 1. Vizepräsidium - 2. Vizepräsidium - 2 Stimmzählende	476
3	Geschäftsprüfungskommission Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums der Geschäftsprüfungskommission für das Jahr 2012	477
4	Protokoll der Sitzung vom 25. Oktober 2011	478
5	Protokoll der Sitzung vom 22. November 2011	478
6	Kulturkommission; Ersatzwahl	478
7	Schulkommission; Ersatzwahlen	478
7A	Finanzkommission; Ersatzwahl	479
7B	Planungs- und Verkehrskommission; Ersatzwahl	479
7C	Sportkommission; Ersatzwahl	479
7 D	Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl	480
8	Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2012	480
9	Motion forum-Fraktion: Konsequenzen aus dem Bundesgerichtsurteil zum Bauprojekt KAMATA; Zwischenbericht	481
10	Motion FDP/jf-Fraktion: Konzept zur Sanierung der Moos-Turnhalle; Zwischenbericht	481
11	Postulat FDP/jf-Fraktion betr. Nachbearbeitung des Bundesgerichtsurteils zum Bauprojekt KAMATA; Zwischenbericht	481
12	Postulat Wakil (SP) betr. Informationskonzept für AusländerInnen in der Gemeinde Muri-Gümligen; Zwischenbericht	482
13	Motion Wegmüller (SP): Volkswahl des Gemeindepräsidiums	482
14	Postulat FDP-Fraktion für ein Konzept zur Gewinnung von Energie aus Grün- und Lebensmittelabfällen	484
15	Interpellation Gautschi (forum): Auslaufende Konzession für die Trinkwasserentnahme in der Wehrliau	487
16	Einfache Anfrage SVP-Fraktion: Vorübergehende Platzierung von Asylsuchenden in der Zivilschutzanlage Siloah	488

17	Einfache Anfrage Corti (FDP-/Jungfreisinnigen-Fraktion) betr. Sicherheit (nächtliche bandenmässige Überfälle auf Einzelpersonen) in der Gemeinde Muri	488
18	Informationen des Gemeinderats	489
19	Neue parlamentarische Vorstösse	489

Der Vorsitzende eröffnet die 343. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 37 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Gäste. Insbesondere heisse er als neues Mitglied des Gemeinderats Barbara Künzi und als neue Mitglieder des Grossen Gemeinderats Roman Sigrist und Daniel Ritschard herzlich willkommen.

Mitteilungen

Der Vorsitzende teilt mit, Beat Schneider habe als designierter Stimmzähler die Stelle auf dem Podium anstelle von Suzanne Fankhauser bereits übernommen. Er gehe davon aus, dass er denn auch gewählt werde.

Es werden keine Einwände dagegen erhoben.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 Wahl des Präsidenten des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2012

Das forum Muri-Gümligen schlägt zur Wahl vor:

Beat Marti, Pourtalèsstrasse 27, Muri

Der Wahlvorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Beat Marti wird einstimmig als Präsident des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2012 gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert dem Gewählten herzlich und erkundigt sich, ob er die Wahl annehme.

Beat Marti bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen und erklärt Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende erklärt, er gebe das Amt sehr gerne weiter. Er könne sagen, dass es sich um ein schönes Amt handle und er habe es gerne ein Jahr lang wahrgenommen. Er habe sich überlegt, was am besten die Funktion des GGR-Präsidenten illustriere. Dabei sei ihm der Pilot in den Sinn gekommen, der sein Flugzeug lenke. Man sei

ganz vorne am Steuerknüppel, sei aber im Cockpit nicht ganz auf sich allein gestellt. Man habe Vizepräsidenten, Stimmzähler sowie Karin Pulfer und Anni Koch, welche einem zur Seite stehen würden. Man habe immer ein Team, welches helfe, das Flugzeug zu lenken. Ein gutes Team brauche man, damit man nicht in Turbulenzen gerate. Die Fraktionen – welche man von hier oben am besten überblicken könne – hätten so ihre Eigenheiten oder Spezialitäten; sie seien fast mit Ländern zu vergleichen. Es gebe unterschiedliche Prioritäten, Ziele oder auch Erwartungen, grundsätzlich in der Politik oder auch an den GGR-Präsidenten, wo er dann Schwerpunkte setzen sollte. Er freue sich, wieder im Saal unten Platz zu nehmen und wieder Zeit dafür zu haben, selber zu politisieren und selber Stellung beziehen zu können. Das Bild des Flugzeugs werde dort unten ganz schnell wieder verschwinden; man habe den Überblick nicht mehr. Man könne zwar sagen, man habe wieder Holzbänke dort unten, aber hier oben habe man dieselben. Dort unten – dies erinnere nicht mehr ans Flugzeug – gebe es keinen Kaffee mit "Schöggeli", sondern ganz selten "Blöterliwasser", aber damit könne man auch leben. Damit sich Beat Marti nicht frage, weshalb er eigentlich da oben sei, überreiche er ihm hier ein ganz kleines Swiss-Flugzeug als Symbol dafür, dass er der Kapitän dieses Fliegers sei. Manchmal sei es vielleicht etwas "star wars-mässig", aber wirklich ganz selten, so dass er das "Schiff" mit ruhiger Hand lenken könne. Er wünsche Beat Marti eine gute Flugroute, wenig Turbulenzen und dieses Symbol werde dafür sorgen, dass er das Flugzeug im Griff habe. Das Flugzeug sei nun bereit zum Abheben; er wünsche Beat Marti einen guten Start und später "happy landing".

Martin Häusermann (forum) gratuliert Beat Marti mit folgenden Worten zur Wahl:

Beat Marti dürfe im Wahljahr 2012 – in welchem sowohl das Parlament als auch das Gemeindepräsidium neu gewählt würden – diesen Rat präsidieren. Hierüber freue sich die forum-Fraktion ausserordentlich. Erfahrungsgemäss werde ein Wahljahr auch vermehrt für Vorstösse genutzt, welche ihn und das Büro auf Trab halten würden. Das forum freue sich aber auch aus einem anderen Grund, dass Beat Marti nun der höchste Muriger sei. Gleichzeitig sei das Jahr 2012 auch ein Jubiläumsjahr, nämlich 40 Jahre Gemeindeparlament und damit auch 40 Jahre forum. Seit 4 Dekaden existiere unser Parlament und setze sich für die Anliegen unserer Gemeinde ein. Die Vorfahren des forums – er dürfe wohl nicht sagen, die Gründungsmitglieder – würden sich schon viel länger für Anliegen der Gemeinde einsetzen, nämlich seit mehr als 100 Jahren. Genau genommen treffe dies zu bei den Lösungen für den Verkehr. Im Jahr 1898 habe die Bern-Muri-Gümligen-Worb-Bahn, die sogenannte BMGWB, ihre Bahnstrecke eröffnet. Heute sei diese Bahnstrecke besser bekannt unter dem Namen "blaues Bähnli". Der Beleg dafür liege hier vor; es sei eine Aktie dieser Bahn aus dem Jahr 1898 mit einem nominalen Nennwert von 100 Franken, heute habe sie nur noch Liebhaberwert. Die Aktie sei aus dem Fundus des forums und werde Beat Marti übergeben.

Er wolle noch etwas zu dieser Bahn sagen: Am 23. Dezember 1896 habe das Eidgenössische Amt für Verkehr der eigens hierfür gegründeten Bern-Muri-Gümligen-Worb-Bahn die Konzession für den Bau und den Betrieb dieser Bahnstrecke erteilt. Eröffnet sei die ursprünglich 9,7 km lange Verbindung schliesslich am 21. Oktober 1898 worden. Mit der Betriebsführung der Dampfstrassenbahn sei zunächst die Berner-Tramway-Gesellschaft beauftragt worden und ab April 1904 habe die BMGWM selbst die Regie übernommen. 1907 sei das Unternehmen zur Bern-Worb-Bahn (BWB) umfirmiert und 1910 sei die Strecke elektrifiziert worden. Nachdem die BWB am 1. Januar 1927 mit der Worblentalbahn fusioniert habe, habe die neue Betreibergesellschaft Vereinigte Bern-Worb-Bahnen (VBW) geheissen – für die meisten hier wohl noch ein Begriff – und diese habe sich am 1. Januar 1984 mit der Solothurn-Zollikofen-Bern-Bahn zusammengeschlossen. Daraus habe der RBS resultiert.

Das forum wolle Beat Marti diese Aktie übergeben. Sie sei auch symbolisch und es treffe sich noch gut, sei sie doch auch verkehrstechnisch. Die Aktie solle Beat Marti in seinem Präsidentschaftsjahr immer daran erinnern, dass er im Parlament die Sitzungen ebenso pünktlich von Traktandum zu Traktandum führe, wie eine Eisenbahn von Station zu Station fahre. Wie gesagt habe die Aktie nicht mehr so viel Wert, auch die Coupons auf der Rückseite seien leider vor einem Jahr verfallen. Daher wolle ihm die forum-Fraktion gerne eine Bahnfahrt in der Schweiz, inkl. Bergbahn, schenken. Er dürfe den Tag und das Ziel aussuchen, dürfe auch zusammen mit dem forum etwas machen, dies stehe ihm völlig frei. Das forum wünsche Beat Marti für sein Amt alles Gute und sei überzeugt, dass er die Fähigkeiten und die Eigenschaften dazu mitbringe. Viel Erfolg!

Adrian Kauth (FDP) hält folgende Abschiedsrede für Hannes Treier:

"Lieber Hannes, vielen Dank für Deine souveräne und ruhige Leitung des Parlaments im letzten Jahr, welches bereits vorbei ist. Man kann feststellen, wie unglaublich schnell ein Jahr vorbei geht, wenn man solche Anlässe Revue passieren lässt. Unvergessen sind für mich verschiedene Parlamentssitzungen geblieben, an welchen Du – obwohl sie sehr hektisch waren – stets die Ruhe bewahrt und das Parlament ganz souverän geführt hast. Unvergessen ist aber auch der GGR-Ausflug, nicht nur wegen des guten Essens im Restaurant Veranda, sondern auch wegen der Universität Bern, wo wir im Kompetenzzentrum für Public Management einen interessanten Vortrag hören konnten. Ich hoffe, Du findest jetzt dann wieder etwas mehr Zeit, etwas, was wir immer wieder gut gebrauchen können. Wir übergeben Dir hier ein kleines Geschenk – kein "Blöterliwasser" –, welches Du einmal in einer ruhigen Minute geniessen kannst. Herzlichen Dank!"

Beat Marti (forum) hält folgende Antrittsrede:

"Danke, danke, danke. Diese drei Worte wären eigentlich ausreichend, um alles zu sagen. Die Ansprache würde vielleicht in dieser Form ins Buch der Rekorde kommen als kürzeste Rede beim Antreten eines politischen Amtes. Ich gehe davon aus, dass alle zusammen ein wenig mehr erwarten und vom Guinness-Buch der Rekorde ist ohnehin niemand da, deshalb habe ich noch ein paar andere Sätze aufgeschrieben. Danke liebe Kolleginnen und Kollegen im GGR für das Vertrauen, welches Ihr mir mit der Wahl zum höchsten Muriger entgegenbringt. Der Dank geht auch ans forum, welches mir diese Aufgabe zugetraut und mich portiert hat. Es ist mir eine Ehre, diese Herausforderung annehmen zu dürfen. Als ich vor ein paar Jahren ins politische Netz dieser Gemeinde hineinkam, hätte ich nicht im Entferntesten gedacht, einmal als Präsident des GGR dazustehen. Deshalb bin ich froh, habe ich in den letzten Jahren mit Beat Wegmüller und Hannes Treier zwei gute Lehrmeister gehabt. Sie haben zwar die Messlatte extrem hoch gelegt, aber ich werde versuchen, sie zu halten. Danke an meine Familie und meine Freunde für die Unterstützung und das Verständnis, dass halt in diesem Jahr noch weniger Zeit vorhanden ist, um etwas zu unternehmen. Danke für die gute und respektvolle Zusammenarbeit in unserem Rat. Ich wünsche mir für das kommende Parlamentsjahr ein lustvolles Politisieren mit vielen Diskussionen, aufmerksamem Zuhören und Debatten, die uns in der Meinungsbildung helfen. Lust auf Mitbestimmung, Lust auf Verantwortung und Lust auf ein aktives Gestalten des Lebens sind wichtige Gründe für mein Engagement in der Gemeindepolitik. Nur durch aktive, aber auch kritische Gemeindebürger ist eine ausgewogene Politik möglich. Das heisst für uns als Volksvertreter, das Ohr offen zu halten für die Sorgen und die Wünsche unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Nur so ist der Weg frei, die weit herum im Stimmvolk verbreitete Meinung aufzubrechen, "die mache eh, was sie wei". Es gibt etwas, was ich in meinen Jahren im Parlament etwas vermisst habe. Momente, in welchen man spricht; sprechen heisst für mich nicht nur

etwas sagen, sondern den andern auch zuhören. Normalerweise kommen wir in die Sitzungen und die Meinungen zu den zu behandelnden Geschäften sind mehr oder weniger schon gemacht. Wir hören noch die Fraktionserklärungen, aber ein richtiger Meinungs austausch findet eigentlich selten oder nie statt. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die Sache eigentlich nicht immer so ist, wie ich sie im ersten Augenblick wahrgenommen habe. Ein paar von Euch hier im Rat werden sich vermutlich noch daran erinnern, wie uns Beat Wegmüller vor zwei Jahren den schwarzen Würfel hingestellt hat. Aus jeder Seite betrachtet hat man einen schwarzen Würfel gesehen, bis uns Beat Wegmüller darauf aufmerksam gemacht hat, dass der Würfel eben noch eine weisse Seite hatte. Deshalb könnte es eben auch anders sein als das, was wir als erstes sehen. Als Leitsatz wolle er daher nehmen: Es könnte auch anders sein! Dass das, was ich als erstes in meinem Kopf habe, nicht das genaue Bild ist, dass dies der politische Gegner vielleicht durch seine Sichtweise etwas anders sieht und vielleicht etwas daran ist, wo man sagen kann: "Ja, es könnte auch anders sein". Mit diesem Leitsatz gehe ich jetzt mit viel Lust auf angeregte Diskussionen, mit viel Lust die Verantwortung zu übernehmen, die uns die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit der Wahl als Volksvertreter gewährt haben und mit viel Lust am Mitgestalten der Gemeinde auf dieses Amt los. Ich freue mich auf dieses Präsidentschaftsjahr und bedanke mich jetzt schon für ein lustvolles Politisieren in dieser Gemeinde."

2 Wahl des restlichen Büros des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2012

1. Vizepräsident

Zur Wahl als 1. Vizepräsident schlägt die SVP Muri-Gümligen

Markus Bärtschi, Thunstrasse 68, Muri, vor.

Der Wahlvorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Markus Bärtschi wird einstimmig (2 Enthaltungen, Familienmitglieder) als 1. Vizepräsident für das Jahr 2012 gewählt.

Markus Bärtschi (SVP) erklärt Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende gratuliert Markus Bärtschi herzlich zur Wahl.

2. Vizepräsident

Zur Wahl als 2. Vizepräsident schlägt die EVP Muri-Gümligen

Martin Humm, J.V. Widmannstrasse 21, Muri, vor.

Der Wahlvorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Martin Humm wird einstimmig als 2. Vizepräsident für das Jahr 2012 gewählt.

Martin Humm (EVP) erklärt Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende gratuliert Martin Humm herzlich zur Wahl.

StimmzählerIn

Die jungfreisinnigen muri-gümligen schlagen

- Christa Grubwinkler, Gurtenweg 48, Muri

und die SP Muri-Gümligen schlägt

- Beat Schneider, Seidenberggässchen 1, Gümligen

zur Wahl als StimmzählerIn vor.

Die Wahlvorschläge werden weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Christa Grubwinkler und Beat Schneider werden einstimmig als StimmzählerIn bzw. Stimmzähler für das Jahr 2012 gewählt.

Christa Grubwinkler (jf) und Beat Schneider (SP) erklären Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende gratuliert Christa Grubwinkler und Beat Schneider herzlich zur Wahl.

3 Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidentin der Geschäftsprüfungskommission für das Jahr 2012

Präsident

Die SP Muri-Gümligen schlägt zur Wahl vor:

Yong Brügger, Thunstrasse 158, Muri

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Yong Brügger wird einstimmig als Präsident der GPK für das Jahr 2012 gewählt.

Yong Brügger (SP) erklärt Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende gratuliert Yong Brügger herzlich zur Wahl.

Vizepräsidentin

Die FDP.Die Liberalen Muri-Gümligen schlägt zur Wahl vor:

Jsabelle Gossweiler-Ebnetter, Pourtalèsstrasse 40, Muri

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Jsabelle Gossweiler wird einstimmig als Vizepräsidentin der GPK für das Jahr 2012 gewählt.

Jsabelle Gossweiler (FDP) erklärt Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende gratuliert Jsabelle Gossweiler herzlich zur Wahl.

Es folgt ein Auftritt der Band FraktionsZwang.

4 Protokoll der Sitzung vom 25. Oktober 2011

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

5 Protokoll der Sitzung vom 22. November 2011

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

6 Kulturkommission; Ersatzwahl

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für die auf den 31. Dezember 2011 zurückgetretene Nicole Nufer-Nussbaum schlage die FDP.Die Liberalen Claudia Mund, Mettlengässli 30, 3074 Muri bei Bern, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Claudia Mund wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Kulturkommission gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert der Gewählten und wünscht ihr viel Freude und Befriedigung bei der Kommissionsarbeit.

7 Schulkommission; Ersatzwahlen

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für den auf den 31. Dezember 2011 zurückgetretenen Armin Thalman schlage die FDP.Die Liberalen Marc Anrig, Waldriedstrasse 168, 3074 Muri bei Bern, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Marc Anrig wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Schulkommission gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert dem Gewählten und wünscht ihm viel Freude und Befriedigung bei seiner Aufgabe.

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für die auf den 31. Dezember 2011 zurückgetretene Annemarie Berger-Matti schlage das forum Barbara Häusermann, Alpenstrasse 5, 3073 Gümligen, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Barbara Häusermann wird einstimmig (1 Enthaltung, Familienmitglied) für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Schulkommission gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert der Gewählten und wünscht ihr viel Freude und Erfolg bei ihrer neuen Aufgabe.

7A Finanzkommission; Ersatzwahl

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für den auf den 31. Dezember 2011 zurückgetretenen Andreas Aebi schlage die SP Muri-Gümligen Ulrich Sollberger, Eigerweg 6, 3073 Gümligen, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Ulrich Sollberger wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Finanzkommission gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert dem Gewählten und wünscht ihm viel Freude und Erfolg bei seiner neuen Aufgabe.

7B Planungs- und Verkehrskommission; Ersatzwahl

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für den auf den 31. Dezember 2011 zurückgetretenen Hanspeter Grädel schlage die SP Muri-Gümligen Laura Ezquerra Langenegger, Mettlenhölzliweg 17a, 3074 Muri bei Bern, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Laura Ezquerra Langenegger wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Planungs- und Verkehrskommission gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert der Gewählten und wünscht ihr viel Freude und Befriedigung bei der Kommissionsarbeit.

7C Sportkommission; Ersatzwahl

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für den auf den 31. Dezember 2011 zurückgetretenen Dieter Widmer schlage die SP Muri-Gümligen Jonas Ritschard, Dammweg 27, 3073 Gümligen, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Jonas Ritschard wird einstimmig (1 Enthaltung, Familienmitglied) für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Sportkommission gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert dem Gewählten und wünscht ihm viel Freude und Befriedigung bei der Kommissionsarbeit.

7D Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für den auf den 31. Januar 2012 zurücktretenden Martin Häusermann schlage das forum Muri-Gümligen Jürg Stettler, Steinhübeliweg 62, 3074 Muri bei Bern, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Jürg Stettler wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert dem Gewählten und wünscht ihm viel Freude und Befriedigung bei der Kommissionsarbeit.

8 Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2012

Der Vorsitzende orientiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Beat Wegmüller führt aus, die SP-Fraktion stimme dem vorgesehenen Kredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2012 grundsätzlich zu. Sie habe aber noch folgende zwei Bemerkungen anzubringen:

1. Sie danke dem Gemeinderat, dass der Bau des Veloweges beim Thoracker im Rahmenkredit figuriere. Die SP sei froh, dass dieser Weg realisiert werden könne.
2. Obwohl die Motion betreffend Flüsterbelag auf den Kantons- und Gemeindestrassen noch nicht beantwortet und überwiesen sei, erwarte die SP vom Gemeinderat, dass auf längeren Abschnitten bei Unterhaltsarbeiten der Einbau von derartigen Flüsterbelägen geprüft und realisiert werde.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von der GPK noch von Christian Staub verlangt.

Beschluss (einstimmig)

1. Für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahre 2012 wird ein Rahmenkredit von CHF 500'000.00 bewilligt.
2. Die Einzelvorhaben werden durch den Gemeinderat beschlossen.

9 Motion forum-Fraktion: Konsequenzen aus dem Bundesgerichtsurteil zum Bauprojekt KAMATA; Zwischenbericht

Der Vorsitzende orientiert, der Zwischenbericht des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Martin Häusermann führt aus, die forum-Fraktion bedanke sich beim Gemeinderat für diesen Zwischenbericht. Sie sei der Meinung, dass die Massnahmen Ziff. 3 und 4 zielführend seien und sie hoffe, dass diese im Parlament verabschiedet und in der Volksabstimmung angenommen würden.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zur Motion forum-Fraktion: Konsequenzen aus dem Bundesgerichtsurteil zum Bauprojekt KAMATA wird Kenntnis genommen.

10 Motion FDP/jf-Fraktion: Konzept zur Sanierung der Moos-Turnhalle; Zwischenbericht

Der Vorsitzende orientiert, der Zwischenbericht des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Barbara Künzi verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zur Motion FDP/jf-Fraktion: Konzept zur Sanierung der Moos-Turnhalle wird Kenntnis genommen.

11 Postulat FDP/jf-Fraktion betr. Nachbearbeitung des Bundesgerichtsurteils zum Bauprojekt KAMATA; Zwischenbericht

Der Vorsitzende orientiert, der Zwischenbericht des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zum Postulat FDP/jf-Fraktion betr. Nachbearbeitung des Bundesgerichtsurteils zum Bauprojekt KAMATA wird Kenntnis genommen.

12 Postulat Wakil (SP) betr. Informationskonzept für AusländerInnen in der Gemeinde Muri-Gümligen; Zwischenbericht

Der Vorsitzende orientiert, der Zwischenbericht des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Pia Aeschimann verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Virtudes Näf (SP) bedankt sich bei der Verwaltung für den ausführlichen Bericht. Aus Sicht der SP werde darin die Wichtigkeit der Integration gut dargelegt. Es gehe um die Beteiligung der Zuzügerinnen und Zuzüger aus anderen Kulturen. Es würden offenbar alle wünschen, dass diese am Gemeindeleben teilnehmen und bedauern, dass es oft nicht gelinge. Der Gemeinderat liste nun ganz viele Sachen auf, die bereits gemacht würden. Neues habe sie nicht gefunden. Es gebe Anstrengungen in der Gemeinde, z.B. seitens der Schulen und der Vereine. Dafür danke sie. Nun habe die SP erwartet, dass entsprechend dem SP-Vorstoss neue Ideen eingebracht würden. Sie verstehe auch nicht, weshalb es für weitere Massnahmen andere gesetzliche Grundlagen vom Kanton und der Eidgenossenschaft brauche. Auch mit einer Integrationsvereinbarung sei noch nicht viel gewonnen. Integration könne man nicht befehlen. Es wäre aus Sicht der SP etwas billig, wenn sie sich nur über den Ideenmangel beklage, ohne selber Vorschläge einzubringen. Den wichtigsten Ansatz für weitere Massnahmen erwähne der Gemeinderat selber. Es gehe um Sprachprobleme sowie um Begegnungen und Austausch; es gehe um persönliche Kontakte. Und da könnten wir mehr tun. In einigen Schweizer Gemeinden und auch in anderen Ländern habe sich eine Art "Götti-/Gotte"-System bewährt. Es würden Landsleute gesucht, z.B. jemand aus der Türkei, die bereits gut integriert seien und gegen Entschädigung einer türkischen Zuzügerfamilie mit Rat zur Seite stehen. Eine Person, welche die neue Familie mit dem Schulsystem und den Freizeitangeboten in der Gemeinde vertraut mache. Diese Gotte bzw. dieser Götti habe denn auch eine ganz wichtige Aufgabe, wenn es zu Missverständnissen oder Problemen komme. Ebenfalls in Bezug auf das Erlernen der Sprache erwarte die SP, dass die Gemeinde aktiver werde. Ein differenziertes Angebot von Sprachförderungskursen in der Region genüge nicht. Die Zuzügerinnen und Zuzüger sollten im persönlichen Kontakt dafür motiviert werden. Sie denke, dass es auch Anreize und klare Forderungen seitens der Gemeinde brauche. Aber bitte nicht mit Flyers, Briefen oder E-Mails, sondern im persönlichen Gespräch. In diesem Sinn hoffe die SP, dass es nicht bei der vorliegenden Bestandesaufnahme bleibe, sondern dass Neues probiert werde.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zum Postulat Wakil (SP) betr. Informationskonzept für AusländerInnen in der Gemeinde Muri-Gümligen wird Kenntnis genommen.

13 Motion Wegmüller (SP): Volkswahl des Gemeindepräsidiums

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer führt aus, Wahl bedeute wählen. Wählen könne man nur, wenn mindestens zwei Personen zur Auswahl stünden. Sollte künftig eine Volkswahl auch dann stattfinden, wenn ausser dem amtierenden Gemeindepräsidium niemand kandidiere, so sei dies keine echte Wahl. Es bestehe vielmehr die Gefahr, dass ein namhafter Teil der Stimmberechtigten eine derartige Wahl als Farce empfinden würde.

Sie führe sicherlich nicht zu einer Stärkung der Volksrechte. Sie führe aber auch nicht zu einer Legitimationserhöhung des Gemeindepräsidiums, wie dies in der Begründung des Vorstosses als eines der Ziele formuliert werde. In der Botschaft erwähnt sei die Regierungsratsersatzwahl von Christoph Neuhaus. Dieses Beispiel aus der Vergangenheit lasse befürchten, dass, wenn keine echte Auswahl vorhanden sei und es nur um eine Person gehe, a) eine tiefe Wahlbeteiligung eintreten werde und b) zusätzlich noch eine grosse Anzahl an Leerstimmen eingelegt würden von Leuten, welche nicht wählen gingen, da sie nicht auswählen könnten. Namentlich aus diesen Gründen beantrage der Gemeinderat die Ablehnung der Motion.

Beat Wegmüller (SP) erklärt, er sei sich bewusst, dass er mit dieser Motion gegen Windmühlen, resp. gegen Partei- und Fraktionsmühlen antrete. Er gehe davon aus, dass die Meinungen im Saal gemacht seien. Trotzdem halte er an seiner Motion fest, da er transparente Wahlen befürworte. Er hätte im Übrigen die Motion auch eingereicht, wenn die SP über das Gemeindepräsidium verfügen würde, da er von der angestrebten Lösung überzeugt sei. Stille Wahlen seien eigentlich keine Wahlen; man müsste eher von "stiller Bestätigung" sprechen. Gemäss Bertelsmann-Lexikon bedeute Wahl: *"Die Berufung einer Person in ein öffentliches Amt auf Grund von Abstimmungen der Wahlberechtigten."* Bei dieser Gelegenheit wolle er auch erwähnen, dass er es nicht als optimal erachte, dass die Gemeindepräsidentenwahl bereits am 17. Juni dieses Jahres stattfinde; wenn schon immer von Effizienz die Rede sei. Die teilnehmenden Parteien würden sich in diesem Jahr im dauernden Wahlkampf befinden. Er sei mit dem Gemeinderat einverstanden, dass die Hürde für die Einreichung eines Wahlvorschlages von 10 Stimmberechtigten gering sei. Es bestehe aber auch die Gefahr, dass irgendein "Jonny" für das Gemeindepräsidium portiert werde.

Die Gemeindepräsidentin oder der Gemeindepräsident sei auch Mitglied des Gemeinderats und führe ein Ressort. Auch die Gemeinderäte müssten sich einer Wiederwahl stellen, obschon sie im Proporzwahlverfahren gewählt würden. Es würde z.B. auch das Modell in Frage kommen, wie es die Gemeinde Steffisburg praktiziere. Dort müsse nämlich der Gemeindepräsident auch als Gemeinderat gewählt werden. Dies sei eine Mischung aus echter und stiller Wahl. Den Hinweis von Hans-Rudolf Saxer auf die Regierungsratswahl vom 24. Februar 2008 erachte er aus verschiedenen Gründen als fraglich. Gemeindepräsidentenwahlen und Regierungsratsersatzwahlen könnten nicht so einfach verglichen werden. Die Ausgangslage sei völlig verschieden, schon aus geografischen und personellen Gründen. Dass bei einer Einerwahl leere und ungültige Stimmzettel eingelegt würden, sei natürlich, da eben nicht alle diese Person wählen möchten. Bei der Stimmbeteiligung komme es auch darauf an, ob nur diese Wahl anstehe oder noch Sachvorlagen von Bund, Kanton und Gemeinde zur Abstimmung gelangen würden. Bei der Regierungsratsersatzwahl habe eben nur diese Wahl stattgefunden. Man könne auch davon ausgehen, dass bei einer Vakanz des Gemeindepräsidiums immer eine Wahl stattfinde.

Zum Schluss wolle er noch eine persönliche Bemerkung anbringen: Heute habe das Parlament, wenn er richtig gezählt habe, 13 Wahlen vorgenommen und sei dazu immer aufgestanden. Das Parlament kenne also keine stillen Wahlen. Ob dies nicht etwas paradox sei? Er möchte zwar die Wahlen im Parlament nicht abschaffen, aber er möchte in Zukunft das Gemeindepräsidium echt wählen können. Aus diesem Grund lehne er eine stille Wahl ab. Er ersuche die Ratsmitglieder, die Motion zu überweisen.

Béla Eber (SVP) führt aus, das Ziel eines derartigen Wahlverfahrens, wenn nur eine einzige Kandidatur vorhanden sei, sei nicht ersichtlich. Ausser man wolle unbedingt dem Kandidaten z.B. einen Denkkzettel verpassen. Darüber hinaus habe er das

Gefühl, dass damit der Demokratieverdrossenheit Vorschub geleistet würde. Deshalb lehne die SVP-Fraktion die Motion im Sinn des Gemeinderats ab.

Urs Grütter (SVP) erklärt an die Adresse von Beat Wegmüller, wenn er für eine Auswahl sei, müsse er nicht auf Teufel komm raus für eine Wahl sein, wo es nur einen Kandidaten gebe. Dann müsse er mit seiner Partei einen Sprengkandidaten aufstellen. Damit wäre eine Auswahl vorhanden und es brauche gar keine Änderung des Wahlverfahrens. Dann habe man *echt* zwei Kandidaten und müsse nicht den ganzen Wahlzirkus ankurbeln, um einen Kandidaten besser oder schlechter zu bestätigen. Wie Beat Wegmüller selber gesagt habe, sei die Hürde sehr tief, so dass die formelle Bestätigung auf dem Wahlzettel gar nicht gebraucht werde. Wenn man das Gefühl habe, eine Bestätigung sei nicht gerechtfertigt, so stehe es jeder Partei relativ ring frei, einen Sprengkandidaten zu stellen und damit eine Wahl auszulösen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Hans-Rudolf Saxer noch von Beat Wegmüller verlangt.

Beschluss (26 Ja / 10 Nein / 1 Enthaltung)

Die Überweisung der Motion Wegmüller (SP): Volkswahl des Gemeindepräsidiums wird abgelehnt.

14 **Postulat FDP-Fraktion für ein Konzept zur Gewinnung von Energie aus Grün- und Lebensmittelabfällen**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Kornelia Hässig führt als gemeinderätliche Sprecherin aus, sie wolle die Gelegenheit dieses Postulats benutzen, um hier noch etwas zur Kewu zu sagen. Sie sei ja Verwaltungsrätin bei der Kewu AG und denke, es könnte für die Ratsmitglieder interessant sein, noch einige Sachen zu hören. Nachher werde sie zusätzlich etwas über den Projektstand der Vergärungsanlage sagen; die einen oder andern wüssten dies vermutlich bereits. Die Kewu gebe es seit 1991; 13 Aktionärgemeinden würden das Unternehmen bilden. Mit dabei seien u.a. die Gemeinden Muri, Worb, Ittigen und ganz verschiedene. Die Kewu sei eigentlich hauptsächlich zuständig für die Organisation der Entsorgung unserer brennbaren Abfälle – also unserer Kehrichtsäcke – und sie betreibe auch noch eine Deponie. Was passiere also mit unserem Kehricht, wenn er von Herrn Bigler eingesammelt werde? Sie wolle dies kurz beschreiben, da sie denke, dass die meisten wohl nicht wüssten, wie dies ablaufe. Herr Bigler bringe den Kehricht ins Krauchthal, wo der Abfall in Container verladen werde. Diese Container würden mit einem Lastwagen nach Oberburg gebracht, dort auf die Schiene verladen und nach Zuchwil geführt. In Zuchwil sei die KVA Kebag, wo unser Muriger Abfall verbrannt werde. Die Kebag sei eine fortschrittliche Kehrichtverbrennungsgesellschaft; sie habe natürlich ihre gesetzlichen Vorgaben, aber nichtsdestotrotz. Die KVA sei eine der billigeren in der Schweiz. Sie habe auch schon sehr progressive Projekte angerissen; so habe sie z.B. 534 m² Solarzellen auf dem Dach. Erst kürzlich sei zudem ein Projekt für die Installation einer Hochdruckdampf-kondensationsturbine für die Stromerzeugung bewilligt worden, welche mehrere Millionen Franken koste. Die Wärme, welche eine KVA gezwungenermassen produziere, werde für die Erzeugung von Fernwärme gebraucht, sie habe Anschluss ans Netz. Da zwei grosse Abnehmer in den letzten Jahren wegen Firmenschliessungen weggefallen seien, habe sich die KVA entschieden, aufs "Pferd" Stromerzeugung zu setzen, deshalb diese Hochdruckdampf-kondensationsturbine. Sie

empfehle den Ratsmitgliedern die Homepage der Kebag, sie enthalte wirklich viele Informationen und sei sehr gut aufgemacht.

Nun seien also unsere Speisereste verbrannt und man könne feststellen, dass der Kehricht energetisch genutzt werde. Man könne deshalb schon fast mit gutem Gewissen alles in den Kehricht werfen, es werde verwendet. Aus der Verbrennung gebe es eine Schlacke und die Zulieferercontainer würden mit dieser Schlacke gefüllt, damit keine Leertransporte entstehen würden. Die Container würden wieder nach Oberburg und von dort mit Lastwagen zurück nach Krauchthal geführt. Im idyllischen Seitental Krauchthal werde also unser Abfall bzw. die Schlacke deponiert. Vorher laufe die Schlacke noch durch eine Entschrottungsanlage, wo Eisen und Metall aussortiert würden, jährlich ca. 3'500 Tonnen Eisen und 600 Tonnen Aluminium, Kupfer und andere Metalle. Damit könne gesagt werden, dass eine recht gute Entsorgung unseres Abfalls gesichert sei.

Die Kewu entsorge auch – und dies sei ja eigentlich das Thema des Postulats – den Grünabfall; sie betreibe eine Hallenkompostierung. Diese sei mit relativ viel Energie verbunden. Für die Halle sei eine Belüftung notwendig, welche naturgemäss nicht ohne Strom laufe. Ansonsten sei natürlich die Kompostierung eine gute Sache, da sich ein Kreislauf schliesse. Aber die Kewu bzw. die Aktionärsgemeinden hätten Ideen und seien am Planen einer Vergärungsanlage. Man habe begonnen, mit einer 20'000 Tonnenanlage zu planen, weil es geheissen habe, kleinere Anlagen seien nicht wirtschaftlich. Alle Aktionärsgemeinden zusammen würden ungefähr 12'000 Tonnen Grünabfall produzieren, was natürlich für eine 20'000 Tonnenanlage zu wenig sei. Deshalb sei man auf die Suche nach Partnern gegangen und die Gemeinden Bern und Köniz wären in Frage gekommen. Man habe lange Verhandlungen geführt, welche dann aber aus verschiedenen Gründen gescheitert seien. Deshalb stehe nun die Kewu wieder bei Punkt Null und fange wieder von vorne an. Die Idee sei trotz allem die Realisierung einer Vergärungsanlage, damit Strom gespart – da eben die Hallenkompostierung viel Strom verbrauche – und gleichzeitig Strom produziert werden könnte. Unterdessen habe es geheissen, es seien auch kleinere Projekte wirtschaftlich und dies werde man nun prüfen. Bis anhin seien Speiseresten aus den Privathaushalten in der Grünsammlung nicht erlaubt, die Kewu lasse dies nicht zu. Für eine solche Entsorgung wären Fahrzeuge mit speziellen Einrichtungen notwendig. Ihres Erachtens mache es auch keinen Sinn, Speisereste unbedingt sammeln zu wollen, dies wäre erst sinnvoll, wenn man vergären könnte. Bis dahin werde halt einfach mit diesen Speiseresten bei der Kebag Energie produziert.

In der Botschaft erwähnt seien auch noch die Abfälle der Firmen und Küchen. Diese hätten verschärfte Bestimmungen und müssten einen ganz separaten Weg gehen. Es handle sich um einen lukrativen Markt. Offensichtlich würden unterdessen Privatunternehmen die Speiseabfälle in den Küchen abholen und in der Regel zur ARA zur Entsorgung bringen. Die ARA habe weniger strenge Bestimmungen, da der Klärschlamm wieder verbrannt werde.

Sie habe mit ihren Ausführungen aufzeigen wollen, dass sich die Kewu wirklich Gedanken mache zur energetischen Nutzung der von den Aktionärsgemeinden produzierten Abfälle.

Beat Schmitter führt aus, die FDP/jf-Fraktion danke vorab dem Gemeinderat und insbesondere auch der Verwaltung für die umfassende Auslegeordnung, welche in Sachen Abfallverwertung gemacht worden sei. Er glaube, dass es in der heutigen Zeit ein wichtiges Signal sei, dass die öffentliche Hand sich um Energieeffizienz und um Alternativenergien kümmere und aktiv nach Lösungen suche. Bedauerlicherweise habe sich mit der Absage der Stadt Bern das Projekt einer Grossanlage bei der Kewu zerschlagen. Dies könnte aber auch eine Chance sein, dass eine redimensionierte

Anlage an einem Standort gebaut werde, wo sie an das Gasnetz angeschlossen werden könne. Dies wäre weitaus die effizienteste Lösung für eine Vergärungsanlage. Vielleicht könne sich die Gemeinde Muri als Aktionärin der Kewu für eine Überprüfung einer derartigen Option stark machen. Die FDP/jf sei einverstanden mit der Überweisung des Postulats. Er habe persönlich etwas mehr Mühe mit der Abschreibung. Es handle sich noch um eine ziemlich grosse Baustelle und man wisse noch nicht, wie es weitergehe. In den nächsten Monaten und Jahren – er hoffe nicht, dass es noch Jahrzehnte gehe – würden immer wieder neue Erkenntnisse und neue Varianten vorliegend sein. Eigentlich sei es schade, mit der Abschreibung des Postulats dieses Kapitel nun abzuschliessen. Die FDP/jf habe sich entschlossen, der Abschreibung zuzustimmen mit der Idee, wieder mit einem Vorstoss zu kommen, wenn sich Neues ergeben würde.

Stefan Gautschi (forum) erklärt, das forum habe sich intensiv mit diesem Postulat auseinandergesetzt. Man habe gehört, dass die Stadt Bern ausgestiegen sei und man habe ein grosses Auge darauf geworfen, ob die Gemeinde Muri als Aktionärin in ein finanzielles Risiko hineinlaufe oder nicht. Das forum habe sich in Absprache mit Kornelia Hässig erlaubt, mit der Kewu Kontakt aufzunehmen. Es sei tatsächlich so, dass für die Kompostierung der Grünabfälle Strom verbraucht werde, und zwar sehr viel. Das Ziel der Vergärung sei, Gas herzustellen, um Strom für die Belüftung der Kompostierung zu produzieren. Die ganze Grüngutbehandlung sollte energieautark werden. Dies wäre das Hauptziel, welches die Kewu verfolgen sollte. Wenn daraus noch ein Überschuss resultiere, so sei dies gut. Aber die überschüssige Energie, welche zur Fernwärme sollte genutzt werden können – es handle sich vorliegend um 30 Häuser –, sollte mit wirtschaftlichen Instrumenten betrachtet werden. Als störend in der Antwort des Gemeinderats erachte er den fehlenden Hinweis, dass die Gemeinde Muri Aktionärin einer grossen und sehr gut laufenden Vergärungsanlage sei, nämlich der ARA Region Bern. Dorthin würden Lebensmittelabfälle geführt für eine Co-Vergärung. Dadurch werde Biogas produziert und Biogas könne nicht einfach in ein Erdgasnetz eingespeist werden. Nötig sei eine ziemlich grosse, teure und aufwändige Biogaswäsche. Die ARA Region Bern mache dies und damit könnten dann die Stadtbusse von Bernmobil angetrieben werden. In der Diskussion mit der Kewu sei zur Sprache gekommen, dass der Markt für industrielle Abfälle frei sei. Alle würden sich darum reissen, da es sich um wertvolle Ressourcen handle. Allenfalls werde es notwendig sein, das "Gärgut" über den kantonalen Sachplan zu organisieren, wie man es mit den sonstigen Abfällen regle. Nur so werde erreicht, dass wir dezentrale Entsorgungsanlagen hätten, welche wirtschaftlich betrieben werden könnten.

Rolf Friedli (SVP) führt aus, es gebe noch eine ganz andere Sichtweise. Er wolle Beat Schmitter Recht geben, es handle sich um ein sehr dringendes und wichtiges Thema. In den nächsten paar Jahren werde ein Paradigmenwechsel stattfinden. Abfall sei Brennstoff und nicht mehr Abfall, dies sei in der EU bereits so. Wir würden hier den Gemeinde-Hut tragen und nicht den Kewu-Hut. Er möchte den Gemeinderat bitten, im langfristigen Interesse der Gemeinde zu prüfen, ob die vorliegenden Kewu-Verträge sinnvoll seien und ob die Abfallkosten in der Gemeinde Muri-Gümligen nicht gesenkt werden könnten, wenn dieser Brennstoff in Zukunft gehandelt werde. Im ganzen System werde sich ein Problem auftun, welches man nicht via ein Postulat über den kurzen Leisten ziehen könne. Es handle sich um einen langfristigen Prozess, den man angehen müsse. In Zukunft werde nicht mehr von Abfall, sondern von Brennstoff gesprochen. Brennstoff sei etwas wert, Stefan Gautschi habe es gesagt, es werde Gas erzeugt, es werde Erdgas erzeugt. Eine wesentliche Menge an Erdgas werde in der Vergärungsanlage der ARA erzeugt. Wir hätten hier ein wichtiges Gut in den Händen; dies sei eigentlich das Ziel, welches verfolgt werden sollte. Der Institution Kewu sollte via den von der Gemeinde als Aktionärin gestellten Verwaltungs-

ratssitz der richtige Weg gewiesen werden. Er hätte gerne ein "Payback" aus seinem Abfall, sonst müsste er ihn anderswohin tragen.

Stefan Gautschi (forum) erklärt, er habe vorher den Sachplan Abfall erwähnt. Man werde im Kanton Bern einer KVA zugeführt. Es sei paradox, dass der Kehricht in der Elfenau den kleinen Weg zur KVA Bern mache und wir müssten unseren Kehricht bis ins Krauchthal bringen, wo er dann noch verladen und bis nach Solothurn gebracht werde, bis er verbrannt werde. Dies habe der Kanton so verfügt. Deshalb sei es auch mit der Energieumsetzung noch nicht fertig. Wie Kornelia Hässig ausgeführt habe, falle Schlacke an, die Schlacke komme zur Deponie und die Deponie müsse über Jahrzehnte nachversorgt werden.

Kornelia Hässig erkundigt sich, was sie nach Meinung von Rolf Friedli genau machen müsste. Bezüglich Kehricht sei alles vorgegeben, da könne man nicht wählen. Die Speiseabfälle seien ein sehr kleiner Markt. Sie habe versucht darzulegen, dass diese ja auch in die Energiegewinnung gehen würden. Die KVA Zuchwil sei zudem billiger, in Bern müsste man mehr bezahlen. In Bern sei eine neue, teure Anlage vorhanden und die Kosten würden natürlich auf die Kehrichtanlieferer abgewälzt. Wir seien hier eigentlich gut bedient.

Rolf Friedli (SVP) entgegnet, Kehricht sei eine Handelsware. Es gebe ganz grosse Unterschiede zwischen der KVA Bern, der Kewu und beispielsweise der KVA Thun.

Kornelia Hässig erklärt, wie gesagt handle es sich nicht um einen freien Markt, sondern es sei vom Kanton gesetzlich vorgegeben, welcher KVA wir unseren Kehricht zuzuführen hätten. Dies könne weder die Gemeinde noch die Kewu ändern, da müsste man einen politischen Vorstoss machen. Sie frage sich, ob es Sinn machen würde, Kehricht z.B. durch die ganze Schweiz zu fahren, um ihn dann eventuell in St. Gallen billiger entsorgen zu können. Sie denke, die jetzige Lösung sei nicht schlecht, sie sei aber offen für irgendwelche konkreten Inputs, wenn sie sich für etwas einsetzen sollte.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat der FDP-Fraktion für ein Konzept zur Gewinnung von Energie aus Grün- und Lebensmittelabfällen wird überwiesen und anschliessend abgeschrieben.

15 **Interpellation Gautschi (forum): Auslaufende Konzession für die Trinkwasserentnahme in der Wehrliau**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Stefan Gautschi (forum) erklärt, das forum sei überrascht, dass die Frage der Trinkwasserversorgung der Gemeinde zu einem Brennpunkt in dieser Legislatur geworden sei. Die Antwort zur Interpellation sei unbefriedigend; es seien Fragen offen und Erklärungen sei ausgewichen worden. Die Konzession für die Nutzung einer regional bedeutenden Wasserfassung laufe in einigen Wochen aus. Dieser Quelle seien mindestens 30'000 Einwohner angeschlossen, also eine Anzahl in der Grösse der Stadt Thun. Ein einziger, der Öffentlichkeit unbekannter Einsprecher blockiere während 6 Jahren die Konzession zur Entnahme. Die Gemeindebetriebe würden es jedoch nicht als erforderlich erachten, ihrer Informationspflicht nachzukommen oder

ihr im Verwaltungsbericht aufgestelltes Versprechen zum Dialog einzuhalten. Indem die Gemeinde Muri den Nachbargemeinden das Wasser verkaufe, trage sie aber auch die Verantwortung für die Gewährleistung einer ausreichenden Versorgungssicherheit. Im November 2009 sei der Gemeindebevölkerung im vollen Mattenhofsaal mitgeteilt worden, dass die wirtschaftliche und sichere Trinkwassergewinnung im Aaretal gefährdet sei, wenn das Wasserbauprojekt aarewasser mit der gesamten Summe von CHF 110 Millionen nicht durchgeführt werden könne. An der Aare seien Flyers verteilt worden, auf welchen ein Velofahrer beim Brunnen bei der Auguetbrücke abgebildet sei und in welchen stehe, dass das Trinkwasser hier unsicher sei. Die bevorstehende Finanzierung dieses Projekts finde im Grossen Rat des Kantons Bern nicht überall Freunde. Dies erstaune auch nicht. Wieso sollten Steuerzahler – beispielsweise aus dem Seeland – die Sanierung der Trinkwassergewinnung im Aaretal mitfinanzieren, wenn eine Gemeinde wie Muri nicht bereit sei, die strukturellen Anpassungen zur fairen und sicheren Verteilung des Wassers zu diskutieren?

Der Vorsitzende unterbricht Stefan Gautschi und verweist darauf, dass seine Stellungnahme kurz sein müsse.

Stefan Gautschi (forum) fährt fort, die Problematik sei für das forum gravierend und man werde mit zukünftigen Vorstössen mehr Klarheit schaffen.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

16 Einfache Anfrage SVP-Fraktion: Vorübergehende Platzierung von Asylsuchenden in der Zivilschutzanlage Siloah

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Pia Aeschimann führt aus, es sei schon ein paar Wochen her, seit sie über die aktuellen Zahlen informiert habe. Sie habe damals gesagt, dass die Heilsarmee die Asylunterkunft mit 80 Plätzen nicht füllen möchte. Dieses Ziel habe sie nicht erreicht. Die Anlage sei praktisch voll, im Moment würden sich 74 junge Männer aus 22 verschiedenen Ländern dort aufhalten. Es herrsche eine ruhige Situation und nach Rücksprache mit den umliegenden Institutionen wisse man, dass die jungen Männer sehr gut durch die Heilsarmee betreut würden.

Markus Bärtschi (SVP) bedankt sich für die Antwort, diese sei aufschlussreich.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

17 Einfache Anfrage Corti (FDP-/Jungfreisinnige-Fraktion) betr. Sicherheit (nächtliche bandenmässige Überfälle auf Einzelpersonen) in der Gemeinde Muri

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum

Andrea Corti (FDP) bedankt sich für die vorliegende Antwort

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

18 Informationen des Gemeinderats

Es erfolgen keine Informationen durch den Gemeinderat.

19 Neue parlamentarische Vorstösse

Motion SVP-Fraktion betr. Organisation der Baupolizei

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem GGR zur Sitzung vom 21. Februar 2012 zum Art. 623 Abs. 2 lit. g GBR eine Variante mit einem tauglichen Abgrenzungskriterium zur Definition "grosses Bauvorhaben" vorzulegen.

Begründung:

Der aktuelle Vorschlag verwendet als Kriterium für die Zuständigkeit des Gemeinderats als Baubewilligungsbehörde die "Baukosten total, inkl. Erschliessung, ohne Landerwerb".

Dieses Kriterium taugt aus folgenden Gründen nicht:

Die Baukosten sind kein definierter Rechtsbegriff der Baugesetzgebung. Es besteht auch keine Verpflichtung aus dem übergeordneten kantonalen Baurecht, die Baukosten zu deklarieren. Bisher gibt jeder Gesuchsteller auf dem Baugesuchsformular eine Schätzung ab (was aber bloss Ordnungsvorschrift sein dürfte, deren Fehlen keine Abweisung rechtfertigt).

In vielen Fällen (z.B. Eigenleistungen, generelles Baugesuch nach Art. 32d BauG*) können die Baukosten auch beim besten Willen nicht genau angegeben werden. In allen Fällen sind die Baukosten erst nach Vorliegen der Bauabrechnung definitiv bekannt. Es sind also ohne weiteres Fälle vorstellbar, bei welcher sich nachträglich erweisen würde, dass der Bauentscheid von der falschen Behörde gefällt wurde. Ausserdem könnte in Grenzfällen bewusst ein Wert eingesetzt werden, welcher die Zuständigkeit je nach Wunsch des Gesuchstellers in die eine oder andere Zuständigkeit verschiebt.

Die daraus resultierenden Diskussionen sind zu vermeiden; auch hier werden durch einen ungenügend bestimmten Rechtsbegriff künftige Probleme heraufbeschworen, wie wir das mit der Revision gerade vermeiden möchten.

Es besteht ein Rechtsanspruch, dass die zuständige Baubewilligungsbehörde für jeden Gesuchsteller und für jedes Projekt im Voraus klar ersichtlich ist.

Ausserdem wird auch das angestrebte Ziel, die politisch relevanten Baugesuche herauszufiltern, nicht erreicht, sind doch beispielsweise Nutzungsänderungen u.U. nicht mit grossen Baukosten verbunden, aber politisch brisant.

Es ist klar, dass der Vorstoss nicht mehr zur Behandlung kommen wird, aber eine entsprechende Variante würde es erleichtern über das Instrument der geteilten Zuständigkeit zu diskutieren, ohne dieses allein aufgrund der obigen Bedenken ablehnen zu müssen.

(* "Die generelle Baubewilligung kann die vorgesehene Nutzung, die Erschliessung des Baugrundstücks, die Lage und die äussere Gestaltung des Bauobjekts, dessen Einordnung in die Umgebung sowie ähnliche Einzelfragen zum Gegenstand haben.")

Ist eine generelle Baubewilligung erteilt, sind diese Fragen für die nachfolgende Konkretisierung bereits entschieden.)

Muri, den 24. Januar 2012

D. Bärtschi

M. Kästli, R. Sigrist, U. Grütter, R. Raaflaub, M. Bärtschi, B. Eber, R. Friedli, F. Schwander, J. Aebersold, A. Kauth, A. Bärtschi (12)

Überparteiliche Interpellation zur geplanten Pannenstreifenumnutzung der Autobahn A6 auf dem Gebiet von Muri-Gümligen

Der Bundesrat hat am 18. Januar 2012 über die Sicherstellung des Verkehrsflusses auf den Nationalstrassen informiert. Bis 2020 sollen Pannenstreifen auf rund 125 Kilometer Nationalstrassen umgenutzt werden. Kurzfristig sind solche Massnahmen auf einzelnen Abschnitten der A1 und der A6 im Raume Bern zwischen den Anschlüssen Muri und Kirchberg vorgesehen. Es ist zu befürchten, dass die als provisorisch deklarierte Massnahme den oberirdischen Ausbau präjudizieren und die angestrebte Tunnellösung hintertreiben könnte.

Der Gemeinderat wird ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

- Was unternimmt der Gemeinderat, damit die Pannenstreifenumnutzung der Autobahn auf dem Gebiet von Muri-Gümligen auch tatsächlich eine provisorische, also zeitlich befristete Massnahme bleibt und nicht den oberirdischen Ausbau auf sechs Spuren präjudiziert?
- Was unternimmt der Gemeinderat, damit die Tunnellösung der Autobahn auf dem Gebiet von Muri-Gümligen, durch die geplante Pannenstreifenumnutzung nicht in Frage gestellt bzw. gefährdet wird?
- Was unternimmt der Gemeinderat, damit bei einem eventuellen oberirdischen Ausbau der Autobahn flankierende Massnahmen ergriffen werden, um die Lärm- und Abgasimmissionen zu begrenzen?

Gümligen, 24. Januar 2012

B. Wegmüller

J. Gossweiler, A. Damke, A. Bärtschi, R. Sigrist, S. Lack, A. Corti, B. Eber, R. Friedli, F. Schwander, M. Kämpf, M. Graham, V. Näf, Ch. Grubwinkler, Y. Brügger, M. Häusermann, B. Marti, A. Kauth, R. Raaflaub, M. Kästli, F. Burkhard, H. Treier, E. Mallepell, U. Wenger, M. Humm, M. Bärtschi, U. Grütter, D. Ritschard, F. Ruta, B. Schneider, M. Manz, F. Elsinger (32)

Interpellation Gautschi (forum): Anfrage Blutspendezentrum Bern zur Durchführung einer jährlichen Blutspendeaktion in der Gemeinde Muri

Der Gemeinderat wird gebeten, das Blutspendezentrum Bern anzufragen, ob ein Interesse für eine jährliche Durchführung einer Blutspende in der Gemeinde vorhanden wäre. Dabei könnte die Gemeinde in organisatorischer und logistischer Form unterstützend wirken und Räumlichkeiten (Turnhalle / Schulhausräume) bereit stellen. Eine finanzielle oder personelle Unterstützung aus der Gemeinde dürfte jedoch nicht anfallen.

Begründung:

Gemäss Blutspendezentrum herrscht Mangel an Blut. Vor längerer Zeit organisierte der Samariterverein Muri-Gümligen alljährlich eine Blutspende in freiwilliger Arbeit. Leider existiert dieser Samariterverein nicht mehr womit auch die Blutspende beendet

wurde. Eine alljährliche Blutspendeaktion in der Gemeinde würde allenfalls Spendenwillige dazu animieren, an einer solchen Aktion teilzunehmen.

Gümligen, 24.1.2012

S. Gautschi

U. Grütter, R. Raaflaub, D. Bärtschi, S. Lack, H. Treier, F. Burkhard, U. Wenger, B. Schmitter, F. Elsinger, J. Stettler, J. Aebersold, M. Graham, V. Näf, D. Ritschard, A. Bärtschi, F. Ruta, M. Manz, M. Humm, M. Kästli (20)

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

Mitteilungen

Der Vorsitzende orientiert über Folgendes:

- Aufgrund des jeweils früher stattfindenden Versandes der GGR-Unterlagen werde es in Zukunft nicht mehr möglich sein – sofern die Sitzung im Folgemonat stattfinde –, das Protokoll gleichzeitig zu versenden. Das Protokoll werde den Ratsmitgliedern demzufolge in einem Nachversand zugestellt.
- Der GGR-Ausflug sei vorgesehen für Donnerstag, 23. August 2012, ca. 16.30 Uhr, im Raum der Stadt Bern. Er bitte die Ratsmitglieder, das Datum vorzu-merken.
- Am 16. Juni 2012 werde die Sportkommission einen Schnupperkurs im Fechten organisieren und würde sich über ein zahlreiches Erscheinen freuen.

Er lade nun die Anwesenden herzlich zum draussen bereitstehenden Apéro und zu einem gemütlichen Zusammensein ein.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Beat Marti

Anni Koch

Der Präsident:

Hannes Treier